POTSDAMS ANDERE SEITEN

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE NOVEMBER 2022 | 18. JAHRGANG



Potsdam ist die wohlhabendste Landeshauptstadt Ostdeutschlands, das Mietniveau belegt sogar bundesweit einen der Spitzenplätze und Besucher:innen von Nah und Fern stechen vor allem (neo)preußischer Prunk und Protz ins Auge. Doch auch in Potsdam gibt es Armut. 15 Prozent aller Potsdamer:innen bestreiten ein Leben unterhalb der sogenannten Armutsgefährdungsgrenze. Das beziffert der kürzlich zum ersten Mal erschienene Armutsbericht für die Landeshauptstadt. Als LINKE haben wir lange gefordert, dass ein solcher Bericht erstellt wird. Siehe **Seite 3**



K a l e n d e r b l ä t t e r

Am 24. November 1933 wurde der Schauspieler Hans Otto (FOTO) von den Nazis ermordet. Vor rund 110 Jahren gewann Karl Liebknecht den sogenannten Kaiserwahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland als linker Abgeordneter der SPD im deutschen Reichstag.

SEITE 4



Strom- und Gaspreisdeckel

Die LINKE hat am 24. Oktober 2022 ein Konzept zur „spürbaren Entlastung der Mehrheit“ vorgestellt. Sowohl der Gas- als auch der Strompreis sollen gedeckelt werden. Zudem fordern wir ein Inflationsgeld mit Weihnachtszuschlag.

SEITE 5



Ausweitung des Enteignungsgesetzes

Brandenburg sieht keine Enteignungen zum Erhalt und Ausbau von Sozialinfrastruktur vor. Das will die Linksfraktion im Landtag ändern und beantragt daher die Erweiterung der Enteignungsmöglichkeiten im Novemberplenum des Landtags.

SEITE 6

RATHAUS REPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Der „Rathausreport“ im Innenteil

Mit Informationen zur vergangenen Stadtverordnetenversammlung vom 9. November 2022, zum „Schlaatz 2030“, zu Trink- und Abwassergebühren 2023-24 und zur Zukunft des Bahnhofs Marquardt. Außerdem: Neue Kontaktdaten der Fraktion.

SEITEN I – IV

Mitmachen und einmischen



Wir, demokratische Sozialistinnen und Sozialisten, demokratische Linke mit unterschiedlichen politischen Biografien, weltanschaulichen und religiösen Einflüssen, Frauen und Männer, Alte und Junge, Alteingesessene und Eingewanderte, Menschen mit und ohne Behinderungen, haben uns in einer neuen linken Partei zusammengeschlossen.

Wir halten an dem Menschheitstraum fest, dass eine bessere Welt möglich ist. Wir sind und werden nicht wie jene Parteien, die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen und gerade deshalb kaum noch voneinander unterscheidbar sind. (Aus der Präambel des Parteiprogramms)

DIE LINKE ist eine Partei in Bewegung. Wir sind die starke soziale Opposition im Bundestag und widerständige Kraft auf den Straßen. DESHALB: Mach mit – auf der Straße oder im Parlament. Für Klimaschutz, faire Mieten oder gegen Nazis und Rassismus, oft entscheidet der Druck von der Straße. Als LINKE sind wir Teil von vielen außerparlamentarischen Bewegungen. Wir unterstützen Bündnisse, mobilisieren zu Aktionen und machen bei Demos mit.

Es gibt viele gute Gründe sich für mehr soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, Frieden, bezahlbaren Wohnraum und gegen Nazis zu engagieren. Und es gibt viele Möglichkeiten bei uns mitzumachen: Du kannst unsere Mieten- und Pflegekampagne unterstützen, im Wahlkampf oder bei Aktionen mitwirken oder Haustürgespräche führen. Du willst aktiv werden? Dann trete doch gleich in DIE LINKE ein und mach mit.

Wir freuen uns auf Dich! Gemeinsam machen wir das Land gerecht.

KONTAKT: info@dielinke-potsdam.de Tel.: 0331/5839244 www.dielinke-potsdam.de



Nachfolgemagazin der „Clara“

Die LINKE-Bundestagsfraktion gibt eine neue Zeitung heraus. Sie tritt die Nachfolge der „Clara“ an und kann unter dem angegebenen Link auch abonniert werden. Das Abo ist gratis. Zudem steht sie unter dem Link auch als Online-Ausgabe zur Verfügung. Bisherige Empfänger:innen der „Clara“ werden nicht automatisch weiterbeliefert.



Also bestellt gern neu unter: https://www.linksfraktion.de/links-zeitung/

Impressum

HERAUSGEBER
„medienPUNKTpotsdam“ – DAS JOURNALISTENBÜRO, BERND MARTIN, Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION
Bernd Martin (v.i.S.d.P.), Chefredakteur; Isabelle Vandre, Steffen Lehnert, Konstantin Gräfe
AUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion
Die nächste PaS erscheint im Dezember

LAYOUT
Sophie Sumburane
TELEFON der Redaktion
0176 / 327 93 65 9
E-MAIL
info@medienpunktpotsdam.de
BANKVERBINDUNG
Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kt.-Nr.3508020699, BLZ 160 500 00
BILDAUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion/Archiv
DRUCK
Nordkurier Druck GmbH & Co. KG



DIE ERSTE DEMO DES BÜNDNISSES GERECHTIGKEIT: JETZT!

Armut in Potsdam

Potsdam ist die wohlhabendste Landeshauptstadt Ostdeutschlands, das Mietniveau belegt sogar bundesweit einen der Spitzenplätze und Besucher:innen von Nah und Fern stechen vor allem (neo)preußischer Prunk und Protz ins Auge. Doch auch in Potsdam gibt es Armut. 15 Prozent aller Potsdamer:innen bestreiten ein Leben unterhalb der sogenannten Armutsgefährdungsgrenze. Das beziffert der kürzlich zum ersten Mal erschienene Armutsbericht für die Landeshauptstadt. Als LINKE haben wir lange gefordert, dass ein solcher Bericht erstellt wird. Er erfasst, welche gesellschaftlichen Gruppen besonders von Armut gefährdet sind: Frauen, insbesondere Alleinerziehende, junge Menschen in Ausbildung und Studium, Senior:innen und Migrant:innen. Das ist zwar leider keine Überraschung, dennoch zeigt der Bericht noch einmal dramatisch wie ungerecht es in unserer Stadt zugeht. Es ist damit auch eine wichtige Argumentationsstütze gegen alljene, wie die Vertreter:innen von CDU, FDP und AfD, die Benachteiligung schlicht nicht sehen wollen.

Doch auch die Verwaltungsspitze kann ihre verfehlte Stadtentwicklungspolitik nun schwarz auf weiß nachvollziehen: So kann der Potsdamer Süden (Stern, Drewitz, Waldstadt und Schlaatz) als ökonomisch abgehängt bezeichnet werden. Jeder Vierte lebt hier unter der Armutsgrenze. Ein Trend, der sich mittlerweile noch verschärft haben dürfte. Denn die Folgen der Corona-Pandemie sind in dem Bericht nur teilweise abgebildet und die jüngsten Preissteigerungen noch gar nicht. „Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an. Und der Arme sagte bleich: Wär' ich nicht arm, wärst Du nicht reich." Was Bertolt Brecht bereits wusste, hat in den Bericht leider kaum Eingang gefunden: Der Blick auf den Reichtum. Als LINKE wissen wir, dass sich Armut und Reichtum einander bedingen. Auf Bundesebene streiten wir dementsprechend seit Langem für eine Vermögens- und aktuell für eine Übergewinnsteuer. Denn auch wenn allerorts die Krise zu spüren ist, verdienen einige Konzerne sehr gut daran und sollten sich unserer Meinung nach auch den Kosten der Krisenbewältigung beteiligen „dürfen". Zusammen mit Sozialverbänden, Gewerkschaften und sogar den Kirchen haben wir diese und weitere Forderungen am 15. Oktober im Bündnis „Gerechtigkeit Jetzt!" kraftvoll auf die Potsdamer Straßen getragen (Foto). Als Potsdamer LINKE werden wir uns weiterhin an die Seite der Schwächsten der Gesellschaft stellen und auf jeder politischen Ebene dafür kämpfen, dass in Zukunft über keine Armut mehr berichtet werden kann

Der Armutsbericht ist hier nachzulesen: https://www.potsdam.de/455-armutsbericht-fuer-die-landeshauptstadt-potsdam-vorgestellt Das Bündnis Gerechtigkeit Jetzt!Bündnis „Gerechtigkeit. Jetzt!" - Zusammenhalt & Solidarität (gerechtigkeit-jetzt.org)

Steffen Lehnert Kreisgeschäftsführer DIE LINKE Potsdam

Vorgestellt: Das Büro Kinderarmut

AWO Büro KINDERARMUT

Jedes fünfte Kind in Deutschland wächst – laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung vom Oktober 2017 – in Armut auf. Beengtes Wohnen, wenig Geld für gesundes Essen, Bildung, Hobbies oder Urlaub und nur geringe Chancen auf gesellschaftlichen Aufstieg: Als Kind Armut zu erleben oder das eigene Kind in Armut aufwachsen zu sehen, bringt viele Schwierigkeiten mit sich – umso mehr, wenn es schwer ein Entrinnen aus der Armut gibt. Diese Form der „Armutskarrieren" – zum Teil schon in dritter Generation – beobachtet der AWO Bezirksverband Potsdam e.V. bereits seit vielen Jahren in seiner täglichen Arbeit. Ein Ausstieg aus dieser Spirale ist nur möglich, wenn alle Kinder die gleichen Startbedingungen und damit die gleichen Bildungschancen, unabhängig von ihrem Elternhaus, bekommen. Das gesellschaftspolitische Ziel der Potsdamer Arbeiterwohlfahrt ist deshalb die Chancengleichheit. Um dieses Ziel aktiv und kreativ verfolgen zu können, hat sie bereits am 30. August 2018 das „AWO Büro Kindermut" eröffnet, um vor Ort Auswege aus der Armut aufzuzeigen. Über allem steht die Forderung die Armut in Deutschland durch gravierende Änderungen im Sozial- Finanz- und Bildungssystem abzuschaffen. Diese Änderungen müssen alle Menschen erreichen. Durch Möglichkeiten, die Chancengleichheit garantieren, und die weder bürokratisch noch stigmatisierend sind. Dafür fordern sie ein Umverteilen von finanziellen Ressourcen sowie ein unverzügliches Handeln, denn die Folgen und die Auswirkungen von Armut sind verheerend. Die Teilhabe für jeden Menschen am gesellschaftlichen Leben schafft langfristig Wohlstand und Frieden.



Hans Otto: Ein Mann mit Charme und Haltung

Hans Otto wurde am 10. August 1900 in Dresden geboren. Er studierte Schauspiel in Dresden, war Interpret klassischer Rollen und hatte ab 1920 Engagements in Frankfurt am Main, Gera, Zeitz und Hamburg. 1929/1930 wurde Hans Otto an das Staatliche Schauspielhaus am Gendarmenmarkt berufen. Er zählte zu den hoffnungsvollen künstlerischen Begabten und war außerdem ein begeisterter und von seiner politischen Überzeugung durchdrungener Mann. Seit 1923 war er Mitglied der KPD und erster Vorsitzender des Arbeiter-Theaterbundes, Bezirk Berlin, und Instrukteur für Berliner Agitpropgruppen. Seit 1931 leitete Hans Otto die Gruppe „Film-Bühne-Musik“ in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, die von der KPD ins Leben gerufen worden war. Er gehörte als Funktionär der Unterbezirksleitung der KPD im Zentrum Berlins an.

Schon früh rieten ihm Freunde eindringlich, Deutschland zu verlassen. Aber sein ausgeprägter Optimismus sowie sein Verantwortungsgefühl veranlassten ihn, trotz der warnenden Stimmen, in Deutschland zu bleiben. Ab 1933 wurde Hans Otto vor die Entscheidung gestellt, sich dem NS-Regime zu beugen oder das Schauspielhaus zu verlassen. Er wählte den illegalen Weg und beteiligte sich am antifaschistischen Widerstandskampf der KPD in Berlin-Mitte. Hausdurchsuchungen setzten die ersten Warnzeichen, aber Hans Otto ließ sich davon nicht einschüchtern und setzte seinen Widerstand fort. Am 14. November 1933 ergriff die SA den Schauspieler. Er wurde durch mehrere SA-Kasernen gezerrt und misshandelt.

Trotz seiner Folterungen brachte Hans Otto noch genügend Kraft und Liebe gegenüber anderen Mithäftlingen auf, um sie zu pflegen und zu trösten. Hans Otto wurde viele Tage lang schwer misshandelt und schließlich von SA-Männern aus dem Fenster gestürzt. Bewusstlos, mit mehreren Schädelbrüchen, lag er zuletzt im Staatskrankenhaus, wo er am 24. November 1933 seinen Verletzungen erlag. Seine Ermordung löste im Ausland Protestaktionen aus.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg gab es am 24. November 1946 die Trauerfeier für Hans Otto im Deutschen Theater Berlin.

Am Hansa-Ufer 6 in Berlin und vor seinem Geburtshaus in Dresden erinnern heute Stolpersteine an ihn und sein Schicksal. Seine letzte Ruhestätte ist heute eine Ehrengrabstelle des Landes Berlin. Die Intendantin des Potsdamer Hans-Otto-Theaters, Bettina Jahnke, ist Absolventin der Leipziger Hochschule „Hans Otto“ (1967 – 1992). Der Name Hans Otto sei ihr Verpflichtung, bekennt sie immer wieder. Einer der von ihr am häufigsten verwendeten Begriffe bei der Vorstellung ihrer Theaterpläne ist „Haltung“. Hans Otto hatte Haltung.

Bernd Martin

Historisches Kalenderblatt: Karl Liebknecht gewinnt „Kaiserwahlkreis“



KARL LIEBKNECHT

Mit Wahlen alleine kann man kaum wirkliche politische Veränderungen erreichen, Wahlergebnisse widerspiegeln aber die Stimmung im Volk und können dem politischen Kampf wichtige Impulse verleihen. So ist es heute und so war es auch vor 110 Jahren als im Januar 1912 Karl Liebknecht im sogenannten Kaiserwahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland zum Abgeordneten der SPD im deutschen Reichstag gewählt wurde. Der linke Sozialdemokrat, der sich vor allem mit der Aufdeckung des Kruppschen Korruptionsskandals und der Verurteilung der bestochenen Beamten des Kriegsministeriums Verdienste erworben hatte, zog trotz 3-Klassenwahlrecht der Männer als Sieger über die Deutschkonservative Partei in den Reichstag ein. Das war ein Paukenschlag, nicht nur der Regionalgeschichte.

Schon am 31.Oktober 1910 hatte er in Golm, in der heutigen Karl-Liebknecht-Straße das preußische 3-Klassen-Wahlrecht gegeißelt. Im Potsdamer Kino „Charlott“ rief er zum Kampf gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg auf. Im November 1914 beauftragten linke Sozialdemokraten ihn in einer Versammlung in der Potsdamer Hegelallee, sich nicht mehr dem Fraktionszwang der SPD zu unterwerfen und gegen die erneuten Kriegskredite zu stimmen. Als einziger Abgeordneter votierte er dagegen, wurde deshalb 1916 aus der SPD ausgeschlossen, wegen „Kriegsverrats“ zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt und erst kurz vor dem Ende des 1. Weltkrieges aus der Haft entlassen. Als Mitbegründer des Spartakusbundes und der KPD wurde er wie Rosa Luxemburg von Freikorps-Offizieren am 15. Januar 1919 ermordet. Diese Verbrechen blieben ungesühnt, was blieb war das mutige Auftreten Karl Liebknechts gegen die Kriegspolitik und für eine „Freie Sozialistische Republik Deutschland“, was für viele zum Fanal ihres Kampfes wurde.

Sich sowohl für wirkliche politische Freiheiten und soziale Gerechtigkeit einzusetzen als auch den Kriegstreibern in den Arm zu fallen, ist das Vermächtnis Karl Liebknechts. Engagieren wir uns gegen Atomwaffen, die auch noch auf deutschem Boden stationiert sind und erneuert werden sollen, kämpfen wir gegen deutsche Rüstungsexporte, gegen Auslandseinsätze deutscher Soldaten und vor allem gegen Waffenlieferungen an die Ukraine. Mit mehr Waffen schafft man keinen Frieden. Selbst ein ungerechter Frieden ist besser als das Leid des Volkes in einem Krieg. Mit seinem Einsatz für den Frieden, dessen Unterstützung durch die Bevölkerung auch im Wahlsieg von 1912 zum Ausdruck kam, wird uns Karl Liebknecht Vorbild bleiben.

Dr. Hans-Joachim Koch

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam | Ausgabe November 2022

WIR MACHEN SCHLAATZ 2030



Der 8. Oktober 2022 war für alle, die sich über ein Jahr lang auf die Suche nach den besten Lösungen für einen Schlaatz der Zukunft begeben hatten, eine Zäsur. Das „Bündnis am Schlaatz“ hatte zum Abschlussdialog „Masterplan Schlaatz“ eingeladen. Es war beeindruckend noch einmal zu hören, wie um diese Lösungen gerungen wurde, wer wann in diesen Prozess eingebunden war und warum die Planungen nun mit diesem Ergebnis vorliegen. Mir wurde noch einmal bewusst, wie wichtig und richtig es ist, BewohnerInnen und die Aktiven vor Ort von Anbeginn an in solche komplexen Prozesse einzubinden, ihre Meinung ernst zu nehmen, immer wieder geeignete Beteiligungsformate zu finden. Das ist oft anstrengend, kostet Zeit, erfordert Fingerspitzengefühl. Aber: Es lohnt sich in den Dialog zu gehen und im Dialog zu bleiben. Der Beweis dafür ist mit dem Planwerk erbracht.Mit dem Masterplan ist die Grundlage für die Entwicklung eines Stadtteils der Zukunft gegeben. Er weist in einem ganzheitlichen Konzept aus, wie Wohnen, Verkehr, Barrierefreiheit, Infrastruktur, Freiflächen usw. in einigen Jahren aussehen. Getragen ist der Plan von dem Ansatz der behutsamen, sozial ausgewogenen, klimafreundlichen Stadtentwicklung. Für den Stadtteil von immenser Bedeutung ist die Frage des Wohnens. Das muss bezahlbar, familienfreundlich, Generationen gerecht und barrierefrei sein. Bei den heutigen Preisen für Neubau und Sanierung ist das eine echte Herausforderung für die Wohnungsunternehmen, aber eben auch eine elementare Prämisse der Planung. Wer bisher noch keine Gelegenheit hatte, sich mit der Genese der Masterplanung, mit dem Masterplan selbst und den vielen Formen der Beteiligung zu befassen, kann das gerne unter www.wir-machen-schlaatz.de tun. Bei all den anstehenden Veränderungen dürfte klar sein, dass der Schlaatz im Jahr 2030 noch nicht so aussehen wird, wie es der Masterplan ausweist. Es wird noch Jahre dauern, bis die Planungen umgesetzt, den Entwicklungen der Zeit entsprechend angepasst das Bild des Stadtteils prägen werden. Ich bin mir aber sicher, dass bereits die schrittweise Umgestaltung des Schlaatz dessen Attraktivität und Anziehungskraft weiter befördern wird. Das entstehende Sportforum, die Verlegung des Intergrationsgartens, die Sanierung der Schule werden erste sichtbare Zeichen setzen. Es wird sehr schnell deutlich werden, welches enorme Potential in dem Areal steckt und welche Potentiale sich im Zuge der Umgestaltung noch auftun werden. Es ist zum Beispiel noch gar nicht zu Ende gedacht, wie die Schilfhof-Grundschule, das Bürgerhaus am Schlaatz und eventuell auch das neue Sportforum in Synergieen mit einander für den Stadtteil einen Mehrwert bringen können. Es ist von großem Wert, dass sich die SchlatzerInnen auch weiter jeder Zeit in die Umgestaltung ihres Kiezes einbringen, ihre Fragen und Anregungen loswerden können. Dazu wird das PlanLabor Schlaatz als ständiger Ansprechpartner in eigens dafür geschaffenen Räumlichkeiten vor Ort bleiben. Verbunden mit der Mieterberatung, die sicher vor allem bei anstehender Sanierung bzw. Neubau von Wohnungen gefragt sein wird, bleibt das Grundprinzip der Kommunikation - der Dialog - erhalten. Als Mitglied im Stadtteilrat Schlaatz und Stadtverordnete in dem Wahlkreis werde ich sicher jede Gelegenheit nutzen, mich auch weiter für den „Schlaatz 2030“ zu engagieren, gemeinsam mit allen Interessierten vor Ort.

Dr. Sigrid Müller

Mit auf den Weg...



Anerkennung der Realitäten gegen Realitätsverweigerung – so könnte man die Reaktion auf die Ergebnisse der November-Sitzung des Kuratoriums Stiftung Garnisonkirche zusammenfassen. Mit der Zusammenkunft des Gremiums waren hohe Erwartungen verbunden – denn das Rechtsgutachten der Stadt hat aufgezeigt: egal, wie man das politisch bewerten mag – eine Entwicklung des Areals an der Plantage ist auch künftig nicht ohne die Stiftung möglich. In der Konstruktion der Stiftung und der Eigentumsverhältnisse wurden in den 90er Jahren – damals so gewollt – Regelungen geschaffen, die eine freie und demokratische Entscheidung über die Stadtentwicklung in diesem Bereich unmöglich machen. Auch dieses Beispiel führt uns noch einmal nachdrücklich vor Augen, wie fatal es ist, wenn die öffentliche Hand, in diesem Fall die Kommune, Verfügungsgewalt und damit Entscheidungshoheit über so wichtige Bereiche abgibt.

Allen Unkenrufen zum Trotz hat das Kuratorium sich zum erarbeiteten Kompromiss bekannt. Die Planung zum „Forum an der Plantage“ und dem Haus der Demokratie weiter vorangetrieben werden. Für das Rechenzentrum wird einer weiteren Verlängerung der Nutzungsdauer zugestimmt – bis Ende Januar 2025. Das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Dieser Weg muss nun konsequent weitergegangen werden. Die notwendigen Schritte sind mit dem Rechtsgutachten vorgezeichnet. Dazu gehört der Änderung des Stiftungszwecks, um eine andere Bebauung des Grundstücks überhaupt zu ermöglichen. Für ein Haus der Demokratie, das auch die Stadtverordnetenversammlung beherbergen soll, ist es aus meiner Sicht unabdingbar, dass Grundstück und Bebauung in Verantwortung der Stadt sind. Für die Nutzenden des Rechenzentrums braucht es so schnell wie möglich eine dauerhafte Perspektive – auch über 2025 hinaus. Der Kompromiss ist noch längst nicht in trockenen Tüchern. Nur eines scheint mittlerweile sicher: ein originalgetreues Kirchenschiff, von dem CDU und Mitteschön in einmütiger Realitätsverweigerung auch nach der Kuratoriumssitzung nicht müde werden zu fantasieren, wird es nicht mehr geben. Deshalb bleibt DIE LINKE. am Ball – damit wir 2065 den 50. Geburtstag des Rechenzentrums feiern können.

Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender

Aus der Jury für freie Träger



Seit ca. 15 Jahren gibt es zur Bewilligung von freiwilligen Leitungen für gesundheits- und sozialfürsorgerische Leistungen beim Sozial- und Gesundheitsausschuss des SVV Potsdam eine Jury, die die Anträge der freien Träger diskutiert und seit 3 Jahren auch abschließend zur Bewilligung entscheidet. Grundlage ist eine Richtlinie. In der Vergangenheit haben wir uns intensiv mit den Anträgen und vor allem dem vom Vorjahr eingereichten Verwendungsnachweisen als Stadtverordnete beschäftigt. Das nahm viel Zeit in Anspruch, die wir uns aber im Interesse der Träger gern genommen haben. Auch für 2023 hat die Verwaltung wie bisher, die Anträge gesichtet, bewertet (Matrix) und den 5 aus der SVV entsandten Mitgliedern zur Verfügung gestellt. Entgegen der letzten Jahre diskutieren die ehrenamtlichen Stadtverordneten zwar die Anträge – jedoch wird abschließend die Bewertung der Verwaltung mit wohlfeilen Worten von der Mehrheit ohne Wenn und Aber abgesegnet. In bisher 3 Sitzungen wurde lange getagt und ein Ergebnis liegt immer noch nicht vor. Am 15. und 23. November soll es die abschließenden Sitzungen geben – 2 Vorschlagslisten liegen zur Entscheidung vor, beide müssen mit einem Votum versehen werden. Hintergrund ist ein noch nicht vorliegender Antrag der Sozialbeigeordneten, der die Tafel im Haushalt 2023/24 finanzieren soll. Ich werde ein Votum ohne Beschluss zur Vorlage der Verwaltung über die weitere Finanzierung der Tafel Potsdam in der SVV, nicht abgeben! Ich erwarte, dass die Träger über die zeitliche Verzögerung der Bewilligung zu ihren Anträgen sofort informiert wird.
Jana Schulze

Fragen und Antworten

Lottenhof

Der Hauptausschuss hat am 24.03.2021 beschlossen, in den Haushaltsjahren insgesamt 983.335,00 Euro im Zeitraum von 2021 bis 2024 als investiven Eigenanteil zur Finanzierung der Projektkosten „Lottenhof“ in Höhe von insgesamt 2.950.000,00 Euro bereitzustellen. Die Stadtverordnete Dr. Anja Günther fragte nach den Sachstand zum Lottenhof (Vertragsabschluss zwischen der LHP und der SPSG und Sanierungsbeginn und -abschluss, Einplanung von Haushaltsmitteln für Folgekosten). Der Stiftungsrat der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) hat dem zwischen Kommunale Immobilienservice (KIS) und der SPSG ausgehandelten Erbbaupachtvertrag zwischenzeitlich zugestimmt, so die Antwort der Verwaltung. Eine Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung zum Erbbaupachtvertrag mit der SPSG wird gegenwärtig vorbereitet. Eine Prüfung auf Weiterleitung von Fördermitteln an das Stadtteilnetzwerk Potsdam-West als Kooperationspartner im Bauprojekt zur Besetzung der Koordinierung auf Honorarbasis u. a. für den Beirat Lottenhof und die AG Lottenhof-Bau ist in finaler Antragsprüfung. Die Zustimmung wurde vorab bereits in Aussicht gestellt.

Die Mittelübertragung für die im Haushalt eingestellten investiven Mittel in das Haushaltsjahr 2023 ist in Bearbeitung. Die Übertragung der Fördermittel wird ebenfalls beantragt. Bisher sind Mittel für die Notsicherung des Dachs verbraucht. Für den Start der Koordinierung Beirat und Lottenhof-Bau sind im Jahr 2022 geringfügige Honorarmittel geplant. Durch krankheitsbedingte Ausfälle aller beteiligten Bereiche der LHP und zeitlichen Verzögerungen bei beantragten Zustimmungen seitens des Zuwendungsgebers und dessen Prüfbehörde, durch Verlagerung von Prioritäten im Rahmen der Ukrainekrise sowie zusätzliche Aufgaben in Vorbereitung von Notfallplanungen zur Gasmangellage / Energiekrise in der AG Sozial-kulturelle Stadtteilarbeit kann das Bauvorhaben Lottenhof derzeit nur mit begrenzten Ressourcen vorangetrieben werden.

Leerstehende Wohnungen in Potsdam

Wie die LHP im Juni 2022 mitteilte, wurden 19 Anträge auf Leerstand gestellt, diese Anträge umfassen 1031 Wohnungen. Weiterhin sind 59 Anzeigen auf leerstehende Wohnungen bei der LHP eingegangen, ohne Angabe der Anzahl der Wohnungen. Die Stadtverordnete Dr. Anja Günther fragt die Verwaltung, was sie macht, um wirksam gegen diesen Leerstand von Wohnungen vorzugehen?

Im Eigentlichen handelt es sich hierbei nicht um klassischen Wohnungsleerstand im Sinne des Gesetzes, sondern um sanierungs- und damit vermietungsbedingten Leerstand, so die Antwort der Verwaltung. Die besagten 1031 Wohnungen resultieren aus genehmigte Anträgen auf befristeten Leerstand wegen geplanter Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen. In der Richtlinie ist ergänzend zu der Satzung Folgendes erläutert: „Sofern absehbar ist, dass durch sanierungsvorbereitende und sanierungsbedingte Maßnahmen ein Leerstand von mehr als 6 Monaten notwendig wird, bedarf es keines Nachweises von Vermietungsbemühungen. Ein solches Vorhaben ist grundsätzlich genehmigungsfähig.

Da es sich in der Regel um Gebäudekomplexe handelt, ist für alle betroffenen Wohnungen nur ein Antrag mit der Anlage einer Wohnungsliste und eines Bauablauf- (Sanierungs-)planes erforderlich. Die Genehmigung ist ohne Auflagen zu erteilen.“

Bei Sanierungsmaßnahmen an Gebäudekomplexen werden alle in dem Objekt befindenden Wohnungen aufgelistet. Bei den 1031 Wohnungen handelt es sich größtenteils also nicht um leerstehende Wohnungen. Nach Abschluss der Baumaßnahme werden die dann noch leerstehenden Wohnungen dem Wohnungsmarkt wieder zugeführt. Andere Wohnungen, die für die Zwischenumsetzung der Sanierungsbetroffenen genehmigt waren, werden ebenfalls nach Rückzug der Bestandsmieter in Ihre sanierten Wohnungen im Gebäudekomplex dem Markt zugeführt. Da es sich bei den Genehmigungen um befristete Genehmigungen handelt, kann die Behörde nach Entfristung überprüfen, ob Vermietungsaktivitäten stattfinden bzw. durch Vorortkontrollen feststellen, ob Einzüge erfolgen/erfolgten.

Aufenthaltsqualität Johan-Bouman-Platz

Mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 02.06.2021, Drucksache 20/SVV/0938 „Aufenthaltsqualität des Johan-Bouman-Platzes verbessern“ wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität geprüft. Das geforderte Maßnahmenkonzept für die Qualifizierung des Platzes wurde im Ergebnis der Ortsbegehung mit Vertretern des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes am 20.04.2021 erstellt. Die Umsetzung der Maßnahmen wurden vorbereitet, so dass eine Realisierung für 2022 hätte erfolgen können. Der Stadtverordnete Sascha Krämer fragte die Verwaltung, wann die Maßnahmen zur Umsetzung des obengenannten Konzeptes zur Umgestaltung des Platzes abgeschlossen sein werden?

Auf der Grundlage des Beschlusses DS 20/SVV/0938 wurde die Planung weiterentwickelt, erklärte diese. Zwischenzeitlich hat das bisher tätige Büro angezeigt, dass dieses die Leistungen für die Vergabe und Umsetzung aus Kapazitätsgründen nicht durchführen kann. Für die noch ausstehenden Ingenieurleistungen werden derzeitig Angebote eingeholt. Die Angebotsfrist läuft noch. Im Terminplan ist nunmehr, dass die Bauleistung so ausgeschrieben wird, dass ein Baustart ab März 2023 möglich wird, so dass im Mai 2023 die Qualifizierungsmaßnahmen angeschlossen sein sollen. Na dann freuen wir uns auf das Frühjahr 2023 … ich bleibe dran.

Die Trink- und Abwassergebühren 2023/2024



KLÄRWERK IN POTSDAM. FOTO: SWP

Die Landeshauptstadt Potsdam als Aufgabenträgerin der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung ist verpflichtet, für den Zeitraum 2023/24 eine neue Gebührenkalkulation vorzulegen. Dabei spielen die Entwicklung der Energiepreise und Personalkosten sowie die Investitionen der Energie und Wasser Potsdam GmbH in die Anlagen der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung im Zusammenhang mit der Entwicklung der Trink- und Abwassermengen entscheidende Rollen.

Im Ergebnis der Gebührenkalkulation können die Trinkwassergebühren, die seit 2012 gleich sind, auch 2023 unverändert bei 2,25 Euro pro Kubikmeter bleiben. Auch beim Niederschlagswasser bleibt die Gebühr bei 1,23 Euro pro Quadratmeter. Nur beim Schmutzwasser ist eine leichte Steigung der Entgelte um 4 Prozent nötig. Die Gebühr muss von 3,92 Euro pro Kubikmeter auf 4,08 Euro pro Kubikmeter erhöht werden. Für die Gebührenzahler erhöhen sich bei einem durchschnittlichen Wasserverbrauch von 40 Kubikmeter im Jahr die Kosten für Schmutzwasser um 6,40 Euro pro Person und Jahr.

Überwiesen

Krampnitz, ein Ort der Erinnerung an die „Rote Kapelle“

Um Potsdams vielfältiger und sehr unterschiedliche Gedenk- und Erinnerungskultur einen weiteren Baustein hinzuzufügen, ist es wichtig, dass wir in Krampnitz nicht nur die an die Frauen und Männer des 20. Juli 1944 zu erinnern, sondern auch eine würdige Form der Erinnerung und des Gedenken an die Mitglieder der „Roten Kapelle“, die mit Potsdam und Krampnitz im Speziellen verbunden sind, zu finden. Wir sind dem VVN-BdA sehr dankbar für die Anregungen und halten ebenfalls den ehemaligen militärischen Standort für einen adäquaten Ort, um an den vielfältigen Widerstand gegen das NS-Regime zu erinnern, der nicht nur militärisch geprägt war, sondern, wie sich an der „Roten Kapelle“ zeigt, aus einem vielschichtigen Milieu kam. Aus diesem Grund haben wir mit unseren Antrag die Verwaltung beauftragt, im Wohngebiet Krampnitz einen Ort der Erinnerung an die Widerstandsgruppe die „Rote Kapelle“ zu schaffen. Der Antrag wurde in den Kulturausschuss überwiesen.

Beantragt

Sozialgerechte Sanierung der Sellostr. 20 und 21 in Potsdam-West - Wohnungsleerstand bekämpfen

Überall in Potsdam stehen trotz der akuten Wohnungsknappheit einzelne Häuser leer. In diesen Problemimmobilien stehen Wohnungen leer, weil sie heruntergekommen und in keinem vermietbaren Zustand sind. Eines dieser Häuser steht in der Brandenburger Vorstadt in der Sellostr. 21. Eigentümerin ist die ProPotsdam, die kommunale Immobilienhoulding der Stadt. Und obwohl überall dringend preiswerter Wohnraum benötigt wird, stehen Wohnungen dort seit Jahren leer. Auf meine Nachfrage bei der ProPotsdam, was mit dem Haus passieren soll, wurde mit „die Überlegungen zum zukünftigen Umgang mit dem Objekt sind noch nicht abgeschlossen“, geantwortet. Eine Verkaufabsicht soll es derzeit nicht geben, teilte Herr Jekel kürzlich mit. Eine Sanierungsabsicht der ProPotsdam wurde nicht erwähnt.

Das Nachbarhaus Sellostr, 20 ist zwar ebenfalls unsaniert, aber vermietet, entsprechend sind die Mieten dort sehr niedrig. Beide Wohnhäuser waren auch immer schon Anlaufpunkt für gemeinwohlorientierte Projektgruppen und haben daher eine hohe Bekanntheit in der Nachbarschaft und in Potsdam. Eine Sanierungsabsicht ist bisher jedenfalls nicht geäußert worden. Stattdessen gab es schon mehrere Ansätze der ProPotsdam, diese Häuser zu verkaufen. Kommunale Häuser müssen zwingend in kommunaler Hand verbleiben und dürfen nicht verkauft werden. Die Fraktion Sozial.Die Linke hat jetzt beantragt, dass der Sanierungsbedarf für die beiden kommunalen Häuser aufgezeigt werden soll, inkl. einer Kostenschätzung. Auch soll die Sanierungsabsicht der ProPotsdam für die genannten Häuser bestätigt werden. Durch eine Sanierung der Häuser und den angrenzenden Remisen soll der derzeit leerstehende Wohnraum in einen vermietbaren Zustand gebracht werden und wieder vermietet werden. Wir werden für eine sozialgerechte Wohnraumsanierung kämpfen.

Anja Günther, Stadtverordnete im Fachausschuss für Bauen und Stadtentwicklung

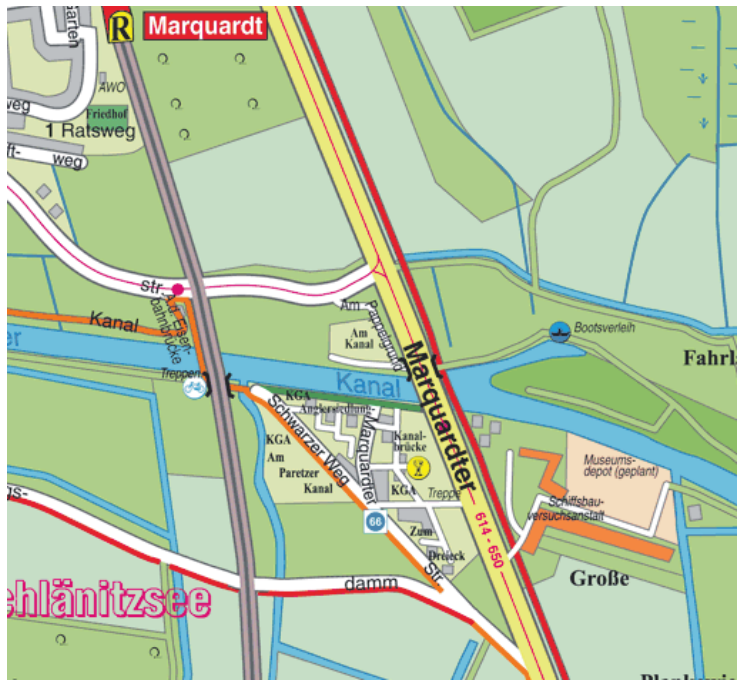
Erledigt

Befreiung von der Zahlung der Hundesteuer - durch Verwaltungshandeln erledigt

Insbesondere für hoch betagte Menschen ist ein Hund leider oftmals der einzige Freund oder das einzige Familienmitglied. Ein Hund stärkt das körperliche und seelische Wohlbefinden. Ein bedeutender Anteil von Rentnerinnen und Rentnern ist infolge von gebrochenen Erwerbsbiografien von Altersarmut bedroht. Zugleich sind ihre Familienmitglieder aufgrund der beruflichen Perspektiven oftmals nicht in ihrer Nähe wohnhaft. Als Maßnahme gegen die Einsamkeit im Alter sollte die Stadtverwaltung Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter von der Zahlung der Hundesteuer für den ersten Hund befreien. Besonders stark würde dies das Lebensumfeld von vereinsamten Menschen in Altersarmut verbessern. Wir sehen gerade, dass geflüchtete Menschen ihr Hunde – zu denen sie eine tiefe Beziehung aufgebaut haben - aus den Kriegsgebiet mitbringen. Auch diese Menschen sollten von der Hundesteuer befreit werden. Der Oberbürgermeister wurde beauftragt zu prüfen, ob es bei einer Überarbeitung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer Möglichkeiten gibt, um Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und Geflüchteten von der Zahlung der Hundesteuer für das Halten eines Hundes mit der zu befreien. In den Ausschüssen erläuterte die Verwaltung die Rahmenbedingungen für die Erhebung der Hundesteuer in Potsdam sowie die in der aktuellen Satzung berücksichtigten sozialen Aspekte. Vielen Menschen, die von der Steuer befreit wären wissen dies nicht. In der Sitzung erklärten wir unseren Antrag für Erledigt und baten darum die Informationen transparent zu gestalten.

Völlig neue Verkehrsverbindungen im Potsdamer Norden realisiert

Ab dem Fahrplanwechsel im Dezember ändert sich im Potsdamer Norden vieles: Unser jahrelanger Einsatz für nachhaltige Mobilität trägt endlich Früchte. Die Regionalbahn wird von Potsdam über Marquardt auf direktem Weg über Wustermark in den Berliner Norden verlängert. Damit nicht genug ist die neue Mobilitätsdrehscheibe Marquardt fertig und wird mit einer neuen verlängerten Buslinie 609 tagsüber stündlich an Satzkorn, Fahrland, Krampnitz und Neu Fahrland angebunden – was neben der schnellen Potsdam-Zentrum und der Berlin-Anbindung auch die Vernetzung der Ortsteile untereinander grandios verbessert. Zudem gibt es 2 feste Zusagen für die ebenso dringende Rad- und Fußweganbindung nach Marquardt: Der Rad- und Fußweg von Fahrland aus soll bereits 2024 fertig gebaut sein. Der Lückenschluss im Rad- und Fußweg von Satzkorn kommend wiederum soll 2025 begonnen werden und wird dann auch den



beliebten Obsthof am Kreisverkehr mit anbinden. Hier werden wir weiter dranbleiben, bis beide ebenfalls gebaut sind – auch weil nur mit der kompletten Anbindung des Marquardter Bahnhofs die nötigen Fahrgastzahlen für den noch ausstehenden, aber dringend notwendigen barrierefreien Umbau erreicht werden. Erst dann ist der Bahnhof Marquardt tatsächlich eine „Mobilitätsdrehscheibe".

Energiekarawane in Potsdam

In der letzten SVV brachte die Fraktion „Sozial.DieLinke", gemeinsam mit der SPD und den Bündnisgrünen den Antrag ein, das sich die Landeshauptstadt an der „Energiekarawane" beteiligt. Diese ist ein kommunale Energieberatungskampagne des Klimabündnis zur Steigerung der Sanierungsrate des privaten Gebäudebestands. Hierbei wird das Augenmerk auf die Effizienzsteigerung des Gebäudeaußenhülle und der Wärmeerzeugung gelegt. Die „Energiekarawane" dreht das konventionelle Prinzip der Beratung um. Nicht der Bürger geht zur Verwaltung, sondern die Verwaltung sucht den Bürger auf und berät ihn kostenlos durch neutrale Energieberater. Dabei ist die „Karawane" sehr erfolgreich. 25% der Haushalte nehmen das Angebot an und 60% davon, entscheiden sich für Maßnahmenumsetzung. Es handelt sich hier um einen positiven Ansatz, der Energie- und Klimakrise zu begegnen.

Ganz im Gegenteil zur CDU, die sich dafür einsetzt, den Klimanotstand in Potsdam zu beenden , da dieser Begriff nur „Verkehrsstörer und Kunstvandalen" zur Legitimation dient. Dabei vergessen sie wohl, dass genau dieser Begriff, die unbedingte Notwendigkeit von klimafreundlichen Maßnahmen und den ökologischen Abgrund, an dem die Menschheit steht, verdeutlichen soll. Es nutzt nichts, den Aktivist:innen der „Letzten Generation", den schwarzen Peter zuzuschieben. Dieser liegt u.a. bei der Regierung, der Wirtschaft und jedem Einzelnen von Uns. Wir müssen die Aktionsformen nicht gutheißen, sollten aber die Ängste und die Verzweiflung, die diese Aktivist:innen bewegen, versuchen zu verstehen und begreifen, dass Veränderungen sehr wohl, durch „zivilen Ungehorsam" angekurbelt werden können.

Michel Berlin

Neue Kontaktdaten der Fraktion:

Fraktion Sozial.DIE LINKE.SVV Potsdam

Stadthaus, R. 3.107

Friedrich-Ebert-Str. 79/81

14469 Potsdam

Tel.: 0331 289 3048

Handy: 0179 9126997

Termin für telefonische Bürgersprechstunde November

Dr. Sigrid Müller
Fraktionsvorsitzende

Mittwoch, 23. November ,22
16.00 bis 18.00 Uhr

Tel.: 0173 / 617 11 50

Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender

Dienstag, 29. November ,22,
15.00 bis 17.00 Uhr

Tel.: 0172 / 514 38 25

Sascha Krämer
Fraktionsgeschäftsführer
werktags
von 10.00 bis 15.00 Uhr

Stadthaus, R. 3.107, Friedrich-Ebert-Str. 79/81 in 14469 Potsdam

Tel.: 0331 289 3048

Fraktionssitzung

Lothar-Bisky-Haus, Alleestraße 3: 21.11.; 28.11.; 5.12.; 9.12.; 16.12.

jeweils 18 Uhr

Nächste SVV:

7. Dezember 2022,
IHK Breite Straße

Mail

sozial.dielinke@ rathaus.potsdam.de

IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Sozial.DIE LINKE Potsdam
Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
Sozial.DIE LINKE.Fraktion; Friedrich-Ebert-Straße 79/81; 14469 Potsdam

E-Mail: Sozial.DIELINKE@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 48
Fax: 331/289 31 19
Druck: Nordostdruck
V.i.S.d.P. Stefan Wollenberg



Mehr Entlastung: LINKE legt eigenes Konzept für Gas- und Strompreisdeckel vor

Die beiden Vorsitzenden der LINKEN, Janine Wissler und Martin Schirdewan (FOTO), haben am 24. Oktober 2022 ein Konzept zur „spürbaren Entlastung der Mehrheit“ vorgestellt. Sowohl der Gas- als auch der Strompreis sollen gedeckelt werden. Zudem fordern sie ein Inflationsgeld mit Weihnachtszuschlag.

Die »Gaspreisbremse« der Bundesregierung ist ein Subventionsprogramm für Wohlhabende und Unternehmen. Eine Gaspreisbremse ist überfällig. Aber die Gaspreisbremse der Bundesregierung greift zu spät, da diese zu lange an der gescheiterten Idee der Gasumlage festgehalten hat. Mehr noch: Die Bremse ist zu schwach in der Wirkung und sozial und ökologisch ungerecht in der Ausgestaltung. Der Energieverbrauch ist stark vom Einkommen abhängig. Reiche Haushalte mit hohem Energieverbrauch werden am stärksten subventioniert, ein klassischer FDP-Ansatz. Für Familien mit geringem und mittlerem Einkommen ist der subventionierte Preis von 12 Cent/kWh für das Gasgrundkontingent dagegen immer noch zu hoch.

Durch die Politik der Bundesregierung werden hohe Zusatzgewinne der (Energie-)Unternehmen durch staatliche Subventionen mitfinanziert. Das ist sozial ungerecht und angesichts der Klimakrise das falsche Signal: das Gegenteil von nachhaltig. Notwendig ist daher auch eine Übergewinnsteuer, damit Mitnahmeeffekte und eine Subventionierung hoher Zusatzgewinne durch einen Gaspreisdeckel verhindert werden.

DIE LINKE Alternative: sozial gerechte Strom- und Gaspreisdeckel mit ökologischem Anreiz zum Energiesparen und Umverteilungswirkung.

DIE LINKE: Gaspreisdeckel. In dem Konzept legt DIE LINKE ein Grundkontingent mit einem durchschnittlichen Gasverbrauch von 10.000 Kilowattstunden (kWh) pro Haushalt und Jahr zugrunde. Für dieses Grundkontingent soll der Gaspreis bei neun Cent je kWh gedeckelt werden, während die Bundesregierung 12 Cent plant. Zudem sollen 25 Prozent dieses Grundkontingents – das wären 2500 kWh – komplett kostenfrei sein.

„Die Differenz zwischen realem Marktpreis und Grundkontingent wird zu 80 Prozent über staatliche Zuschüsse finanziert“, heißt es in dem Papier. Die verbleibende Differenz von 20 Prozent soll auf den Verbrauch oberhalb des Grundkontingents aufgeschlagen werden, also nach marktüblichen Preisen bezahlt werden.

„Die Gaspreisbremse der Ampel bringt denen zu wenig, die sie brauchen, und denen zu viel, die sie nicht brauchen“, sagte die Vorsitzende der Linken, Janine Wissler. „Reiche Haushalte mit hohem Energieverbrauch bekommen am meisten, das ist sozial ungerecht und ökologisch schädlich.“

Der Energieverbrauch hänge stark mit dem Einkommen zusammen, so Wissler. Weil sich der mit Steuergeld verbilligte Verbrauch nicht am Verbrauch der Mehrheit, sondern an dem des individuellen Vorjahres orientiere, werde mit dem Modell der Ampel auch ein hoher Gasverbrauch subventioniert. Die Gaspreisbremse komme zu spät, weil Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) zu lange an der „von den Energiekonzernen mitgeschriebenen Gasumlage“ festgehalten habe.

DIE LINKE: Strompreisdeckel. Für den Stromverbrauch schlägt DIE LINKE – ohne Heizstrom – ebenfalls ein Grundkontingent vor und zwar von 1200 kWh pro Person und Jahr. Das entspricht laut Konzept dem durchschnittlichen Verbrauch pro Person von Haushalten mit mittlerem Einkommen. 25 Prozent dieses Grundkontingents sollen ein kostenfreier Sockelbetrag sein, ab 110 Prozent Verbrauch sollen die Preise auf marktübliches Niveau steigen. Parteichef Martin Schirdewan sagte dazu: „Strom- und Gaspreisdeckel gehören zusammen, damit auch Haushalte ohne Gasheizung entlastet werden.“

Haushalte mit einem durchschnittlichen Verbrauch kommen nach Schirdewans Worten vollständig in den Genuss der Deckelung. „Wir orientieren uns am durchschnittlichen Verbrauch der mittleren Einkommen. Der Sockelbetrag stellt sicher, dass niemand frieren oder im Dunkeln sitzen muss“, sagte der Parteivorsitzende und fügte hinzu: „Mehr als 80 Prozent der Haushalte werden mit dem Konzept spürbar entlastet.“

DIE LINKE: Inflationsgeld. Darüber hinaus schlägt DIE LINKE noch ein Inflationsgeld mit Weihnachtszuschlag für untere und mittlere Einkommen vor. Laut Konzept geht es dabei um 125 Euro je Haushalt plus 50 Euro für jede weitere im Haushalt lebende Person. Dieses Inflationsgeld soll die massiven Preissteigerungen dämpfen, bereits ab 1. November gelten und „für die Dauer der Inflationskrise monatlich ausgezahlt werden“. Für Dezember sollte es zudem nach Vorstellung der Linken einen Weihnachtszuschlag pro Haushalt von 125 Euro geben.

Vom Inflationsgeld würden alle profitieren, deren Haushaltseinkommen 4.200 Euro nicht überschreitet, das seien mehr als zwei Drittel aller Haushalte, heißt es in dem Papier. „Unser Konzept reagiert auf die soziale Ungleichheit im Energieverbrauch“, sagte Schirdewan.

Der Energieverbrauch steige mit dem Einkommen, besonders stark im reichsten Fünftel der Bevölkerung. Hier seien Entlastungen nicht notwendig und ökologisch nicht sinnvoll. „Je weniger Einkommen Haushalte haben, desto weniger Energie verbrauchen sie. Und wer wenig verbraucht, kann auch kaum Energie einsparen“, so Schirdewan.

Redaktion/rnd



Für Menschen statt Profite – Linksfraktion im Landtag beantragt Ausweitung des Enteignungsgesetzes



Der Schock saß tief, als im vergangenen Corona–Winter über 100 Bewohner:innen der Josephinenwohnanlage in der Potsdamer Burgstraße eine Kündigung erhielten. Schnell organisierte sich die Zivilgesellschaft in Solidarität mit den Senior:innen. Es wurden Beratungsangebote organisiert, die Initiative „Burgstraße bleibt" gegründet, Unterschriften in Onlinepetitionen gesammelt und vor allem immer wieder die Möglichkeiten des politischen Vorgehens der Stadt und des Landes anhand diverser Anträge diskutiert. Doch schnell mussten wir feststellen, dass es an einem rechtlichen Hebel fehlt, um das skandalöse und unsoziale Verhalten der MK Kliniken ein für alle Mal zu unterbinden und das Wohnhaus zu vergesellschaften. Neben dem viel zu löchrigen Zweckentfremdungsverbot, dass die Vermietung von Wohnraum als Ferienappartments und Leerstand eigentlich unterbinden soll, liegt das vor allem am Brandenburgischen Enteignungsgesetz. Denn im Unterschied zum konservativen Bayern, sieht Brandenburg keine Enteignungen zum Erhalt und Ausbau von Sozialinfrastruktur vor. Das wollen wir als Linksfraktion ändern und beantragen daher die Erweiterung der Enteignungsmöglichkeiten zum Zweck der Sozial- und Wohlfahrtspflege, der Bildungs-, Kultur-, Sport- und Wissenschaftslandschaft, sowie zur Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum im Novemberplenum des Brandenburger Landtags. Diese Erweiterungen sind zwingend notwendig, weil wir überall in Brandenburg eine Zunahme von Nutzungskonflikten beobachten. Sowohl in den wachsenden Kommunen, in denen Flächen für den Kita- oder Schulbau fehlen, als auch in schrumpfenden Kommunen, in denen zunehmender Leeerstand die Attraktivität von Innenstädten mindern. Für genau solche Fälle, müssen wir die Kompetenzen der Kommunen erweitern, um in Konfliktfällen das Gemeinwohl verteidigen und nicht vor Spekulanten und deren Profitinteressen kapitulieren zu müssen. *Isabelle Vandre (MdL)*

„Gemeinsam statt einsam" – für eine gemeinnützige Wohnungspolitik



Lesung des Buches „Wohnopoly" von Caren Lay

Die allererste Lesung ihres neuen Buches „Wohnopoly" führte Caren Lay, wohnungspolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag, auf Einladung von Isabelle Vandre, wohnungspolitische Sprecherin der LINKEN im Landtag Brandenburg am 08.11.2022 nach Potsdam. Im Kosmos des Rechenzentrums hat sie in einer Veranstaltung der RLS Brandenburg und der Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag Ausschnitte aus dem Buch vorgestellt. Sie schreibt darin über die 6 Kardinalfehler der Wohnungspolitik in der Bundesrepublik, die vor langer Zeit stärker am Gemeinwohl ausgerichtet war. Zu diesen gehört unter anderem die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit. Deutlich einschneidender war jedoch die von der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder vorangetriebene Unternehmenssteuerreform im Jahr 2000. Diese schuf komplette Steuerfreiheit beim Verkauf von Aktienpaketen – die Sektkorken der Immobilienkonzerne knallten. Nun war die Möglichkeit geschaffen, mit komplizierten Firmenstrukturen die Gewinne in die Höhe schnellen zu lassen. Deutschland wurde zum „sicheren Hafen" für das internationale Kapital dank saftiger Spekulationsgewinne auch in Krisenzeiten.

Diese Veränderungen zugunsten der Reichsten und auf Kosten der Mehrheit war nur durch die Verstrickungen der mächtigen Immobilienlobby möglich, die Caren Lay ebenfalls beschreibt. Im Bundestag stehen 144 Lobbyist:innen im Auftrag der Konzerne gerade einmal 11 Vertreter:innen der Mieter:innen und Wohnungslosen gegenüber. Liebstes Instrument der Konzernlobby sind Geschäftsessen, bei denen Probleme kleingeredet, Netzwerke geknüpft und Forderungen zugunsten der Konzerngewinne gestellt werden.

Doch Caren Lay will auch Mut machen. Zu ihren 10 Ideen für eine andere Wohnungspolitik gehören „gemeinsam statt einsam: Genossenschaften statt Eigenheim", ein Anti-Spekulationsgesetz und ein Immobilienregister gegen Intransparenz. Eine gemeinnützige Wohnungspolitik ist möglich und macht mehr Spaß – sowie die alternative Version von Monopoly. Mit ihrem Plädoyer „Organisiert euch!" ruft sie dazu auf, sich zu engagieren und in breite Bündnisse zu treten. So wie das breite Bündnis aus Gewerkschaften, Sozialverbänden, attac und Stadtteilinitiativen TTIP verhindern konnte, kann auch ein breites Mietenbündnis gegen Mietpreisexplosion und Profitorientierung erfolgreich sein, ist Lay überzeugt.

Marek Lipp

Bündnis „Burgstraße bleibt!" unterstützt Vorschlag zur Gesetzesänderung

Die Fraktion DIE LINKE will einen Entwurf zur Änderung des Brandenburger Enteignungsgesetzes in den Landtag einbringen. Dazu kommentieren die Initiatoren des Bündnisses „Burgstraße bleibt".

Christian A. Rumpke, Geschäftsführer des Verbraucherzentrale Brandenburg e.V.: „Zur Errichtung einer Mülldeponie kann ein Landwirt enteignet werden. Aber zur Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum oder sozialen Einrichtungen hat man hierzulande gegen Eigentümer bislang kaum eine Handhabe. Das ist absurd."

Peter Mundt, Vorsitzender des Seniorenbeirats der Landeshauptstadt Potsdam: „Wir unterstützen weiterhin den Erlass eines Gesetzes zur Möglichkeit der Veränderung der Eigentumsform von sozialen Wohneinrichtungen. Das das Thüringer Enteignungsgesetz macht es vor."

Holger Catenhusen, Vorstandsvorsitzender des Mietervereins Potsdam: „Das Grundgesetz sagt, Eigentum verpflichtet. Enteignungen lässt das Grundgesetz ausdrücklich zum Wohle der Allgemeinheit zu. Es wäre zu begrüßen, wenn neben den bisher schon existierenden Enteignungsmöglichkeiten, künftig im Fall akuten Bedarfs auch Enteignungen zum Zwecke der sozialen Daseinsvorsorge und des Wohnens möglich sind."

Fußball in Katar – eine Gewissensentscheidung?



Winter-Fußballweltmeisterschaft in Katar – damit sind für Fans des „gepflegten Rasensports“ schon alle Probleme für das alle vier Jahre stattfindende Turnier formuliert: die Jahreszeit und der Austragungsort. Und alles, was damit zusammen hängt. Mit Katar hat sich die FIFA wohl für das fußballfernste Austragungsland in der WM-Geschichte entschieden, beziehungsweise sich an das fragwürdigste verkauft. Die gewichtigste Kritik an Katar ist jedoch die katastrophale Menschenrechtslage und die Situation der „Gastarbeiter“ in diesem arabischen Land. Für den Bau der Stadien sind laut der britischen Zeitung „The Guardian“ mindestens 6.500 „Gastarbeiter“ ums Leben gekommen! Dabei wird häufig vergessen, dass es neben den WM-Baustellen unzählige weitere im Land gibt. Die überwiegende Mehrheit der schätzungsweise 200.000 Arbeitsmigrant:innen lebt und arbeitet unter ausbeuterischen und unwürdigen Bedingungen. Auch wenn Katar nicht müde wird zu betonen, dass sich die Situation in den vergangenen Jahren stetig gebessert habe, schätzen Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International die Situation anders ein. Die Arbeitsbedingungen hätten sich nur auf dem Papier verbessert, manche „Besserungen“ seien sogar wieder zurückgenommen worden. Darüber hinaus werden Frauen und Homosexuelle weiterhin diskriminiert, und, und, und...

Bringen wir es auf den Punkt: Die Fußball-WM beginnt am 20. November 2022. Das Finale ist dann für den 18. Dezember 2022 vorgesehen – dem vierten Advent übrigens. Schon die bisher genannten Fakten zeigen, dass die diesjährige WM eine besondere sein wird – eine WM, die nur durch Bestechung möglich wurde und in einem Land stattfindet, in dem es dokumentiert Menschenrechtsverletzungen gibt. Herausfordernd wird sie auch für uns Medienschaffende sein. Ein „business as usual“, also eine fröhlich heitere Berichterstattung über kulturelle Besonderheiten des Gastgeberlandes und ausgelassene Partyszenen wird es nicht geben, behaupte ich. Probleme besonderer Art zeichnen sich bereits ab. Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) appellierte unlängst an die FIFA, gegenüber dem WM-Ausrichter Katar auf die Einhaltung der Menschenrechte wie der Meinungs- und Pressefreiheit zu bestehen. In Punkt 3 der FIFA-Statuten steht: „Die FIFA bekennt sich zur Einhaltung aller international anerkannten Menschenrechte und setzt sich für den Schutz dieser Rechte ein.“ Das Bekenntnis zu Menschenrechten darf kein Feigenblatt sein, das nur in den Statuten steht. Bei der diesjährigen Fußballweltmeisterschaft werden die Menschenrechte vom Ausrichterland Katar wortwörtlich mit Füßen getreten, nicht zuletzt die Pressefreiheit. Ohne Pressefreiheit kann auch nur schwer über andere Menschenrechtsverletzungen berichtet werden.

„Damit werden investigative Berichte über die Begleitumstände der WM in Katar drastisch erschwert“, erklärt der DJV weiter. In der Verantwortung sieht der DJV auch die Partnerunternehmen der FIFA für die WM 2022. „Vier der sieben FIFA-Partner haben sich klare Richtlinien zur Einhaltung der Menschenrechte gegeben. Wenn sie das ernst meinen, müssen sie Farbe bekennen und sich für deren Einhaltung in Katar bei der FIFA einsetzen“, ruft der DJV die Unternehmen Coca-Cola, adidas, Hyundai-Kia und VISA auf.

Wie man das Blatt auch dreht und wendet: Die WM in Katar bleibt für den einzelnen Fußballfan ein Dilemma. Es liegt also schlussendlich an jedem selbst, zu entscheiden, ob der Fernseher aus bleibt.

Bernd Martin

Babelsberg 03: Fußball-Business soll Verantwortung zeigen

Das ZDF ist mit der Sportstudio Reportage unter anderem zu Besuch beim SV Babelsberg 03 gewesen, um die Folgen der Energiekrise für kleine und große Vereine zu beleuchten. In dem Beitrag erklärt Vorstandsvorsitzende Katharina Dahme, warum es wichtig ist, die Rasenheizungen in den Stadien abgeschaltet zu lassen und ebenfalls die Auflage zur Installation dieser Stromfresser für die 3. Liga zu streichen. Es geht außerdem um die Verantwortung finanzstärkerer Vereine und der Verbände, weshalb Nulldrei u.a. beim NOFV-Verbandstag die Unterstützung seiner Petition beantragt hat.

Bereits im September hat sich Nulldrei mit diesem Vorschlag sowie einer Petition an die Verbände gewendet, da es in erster Linie deren Aufgabe ist, verbindliche Regeln für alle zu schaffen und die kleineren Vereine dabei zu unterstützen, nachhaltige Konzepte umsetzen zu können.

Die komplette 10-minütige sportstudio-Reportage gibt es in der ZDF Mediathek zu sehen.

Die von Nulldrei gestartete Petition zum gleichen Thema kann hier unterschrieben werden: http://www.change.org/p/keine-heiße-luft-rasenheizungen-abschalten

Unterstützen Sie Kubas Kampf für die Ernährungssicherheit

Die Infrastruktur in unseren Milchprojekten in den Kreisen San Juan y Martinez, Los Palacios und Consolación del Sur (Provinz Pinar del Río) wurde vom Hurrikan Ian schwer beschädigt. Die schnelle und zielgerichtete Unterstützung bei der Beseitigung der Schäden an Wohnräumen und Produktionsanlagen ist aktuell unser vordringlichstes Ziel.

Helfen Sie mit einer Spende, die entstandenen Schäden in den von uns geförderten landwirtschaftlichen Betrieben rasch und umfassend zu beseitigen. Unsere Projekte sind von großer Bedeutung für die Ernährungssicherheit in der Region und gleichzeitig Referenzprojekte für das ganze Land.

Helfen Sie beim Wiederaufbau unserer Projekte in der Provinz Pinar del Río!

Sonderspendenkonto beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba sí:
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10, BIC: BELADEBEXXX
VWZ: „Kuba muss überleben/Pinar del Río“ + Ihre Anschrift

Cuba sí

Cuba sí, **AG in der Partei DIE LINKE**
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: (030) 24 00 94 55
E-Mail: berlin@cuba-si.org
Internet: www.cuba-si.org

Rohbau der ersten kommunalen Kita steht

Im Bornstedter Feld wurde in der Georg-Hermann-Allee am 13.10. Richtfest für die erste kommunale Kita gefeiert – für uns LINKE mehr als nur ein Anlass zu feiern: Zum einen ist damit der Wiedereinstieg in die kommunale Versorgung mit Kitaplätzen gegeben, bei der die Stadt wieder dringend benötigte Steuerungsmöglichkeiten bekommt – zumal bei nach wie vor hoher Nachfrage bei knappem Platzangebot. Zum anderen kann die Stadt hochqualitative Leuchtturm-Kitas mit kindesorientierten innovativen pädagogischen Konzepten gründen und, ebenfalls wichtig, für diese auch eigene Elternbeitragssatzungen erlassen, an denen sich die privaten Träger dann auch wieder orientieren können. Unser Ziel bleibt landesweit zwar die Beitragsfreiheit, bis es so weit ist brauchen wir aber in Potsdam endlich wieder einheitliche und sozial fair gestaffelte Beiträge.



Bereits zum kommenden Sommer 2023 soll die neue Kita eröffnen und etwa 140 Kindern eine moderne Bildungsstätte mit großem Garten bieten. In der Kita soll frisch gekocht werden, was für eine gesunde Ernährung und tolle Geschmackserfahrungen perfekt ist. Zugleich handelt es sich um eine Integrations-Kita, die auch Kindern mit besonderen Bedarfen offenstehen wird – was unserer Ansicht nach zwar alle Kitas tun sollten, hier aber auch den Vorteil bietet, dass sie bereits entsprechend passend barrierearm gebaut wird. Unsere Stadtverordneten Sascha Krämer und Tina Lange nahmen daher gern an den Feierlichkeiten zum Richtfest teil und freuen sich schon auf die Eröffnung im kommenden Sommer. Auf dass noch viele kommunale Kitas folgen und unsere Potsdamer Bildungslandschaft bereichern.

Tina Lange

+++ Verschiedenes in Kürze +++ Verschiedenes in Kürze +++ Verschiedenes in Kürze +

Advent in Potsdam

Potsdam hat in der Adventszeit viel zu bieten: Einen böhmischen Weihnachtsmarkt (25. - 27.11. sowie 02. – 04.12.) gibt es, genau wie einen polnischen (02. – 04.12.) und in diesem Jahr auch wieder einen im Holländischen Viertel (10. und 11.12.). Nicht weit von Schloss Sanssouci entfernt erstreckt sich das Weihnachtsdorf auf dem Krongut Bornstedt (21.11. – 26.12.2022). Und die Brandenburger Straße wird zusammen mit dem benachbarten Luisenplatz ebenfalls zum Weihnachtsmarkt 21.11. – 29.12.2022) „Blauer Lichterglanz“.

Keinen Weihnachtsmarkt wird es auch dieses Jahr im Belvedere auf dem Pfingstberg geben. Stattdessen plant der Förderverein als kleines Trostpflaster am 26./27. November eine gemütliche Adventsstube, in die sich – so munkelt man – an diesen Tagen auch der Weihnachtsmann verirren soll. Alles was man mitbringen muss, ist gute Laune und Freude am Basteln. Bastelutensilien wie Schere, Papier, Kleber und Co. sind gegen eine Spende von 3 Euro vorhanden. Die Vereinsmitglieder verkaufen Plätzchen, Kuchen, Glühwein und Kinderpunsch.

„Schicht im Schacht“ beim „Kantinchen“

Noch Anfang Oktober war das „Kantinchen“ am Potsdamer Schillerplatz optimistisch, vor dem kleinen Café und Mittags-Restaurant gab es einen neuen hübschen Bücher(-tausch) schrank. Knapp drei Wochen später musste das Geschäft nun schließen: „Was Corona nicht geschafft hat, schafft die aktuelle, unübersichtliche, nicht planbare Situation. Das Geschäft unterliegt dieser multiplen Krise und wird aufgegeben. Ich bedanke mich herzlich bei Euch allen, bleibt gesund und mutig.“

Bereits Anfang September hatte die „Salzgrotte“ in der Yorckstraße angekündigt, nach 12 Jahren den Betrieb wegen der extrem gestiegenen Nebenkosten einstellen zu müssen.

“Bitte lassen Sie nicht zu, dass weitere kleine und mittelständische Unternehmen aussterben und stellen Sie sich der Willkür dieser Politik.”, so die letzten Worte der Betreiber.

Thalia erhält Kinoprogrammpreis

In Berlin sind am 12. Oktober 2022 die Deutschen Kinoprogrammpreise verliehen worden. Bei der Preisverleihung im Berliner Kino International wurde auch das Thalia mit Prämien für ein hervorragendes Jahresfilmprogramm, sein besonders gutes Dokumentarfilmprogramm sowie Kinder- und Jugendprogramm ausgezeichnet. Damit gehört das Thalia zu den 30 besten Programmkinos in Deutschland. Der Spitzenpreis für das beste Jahresfilmprogramm 2021 ging in diesem Jahr an das Luna Filmtheater in Ludwigslust.

Mehr Infos auf https://www.thalia-potsdam.de/programm/

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Dienstag, 22. November 2022, 18 Uhr, online: informiert über Staatsschulden. Was leisten sie und für wen sind sie ein Problem? Eine Auseinandersetzung mit den gängigen Behauptungen über Staatsschulden. Mit Stephan Kaufmann (Wirtschaftsjournalist) Die Teilnahme ist kostenlos. Weitere Informationen: https://brandenburg.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/VUYRG/staatsschulden-was-leisten-sie-und-fuer-wen-sind-sie-ein-problem. Die Veranstaltung findet in Kooperation mit dem Kommunalpolitischen Forum über ZOOM statt.

++Termine ++ Termine++

19. November

15 Uhr, Mitmachtreffen für Neumitglieder und Sympathisant:innen; rotbloq (Zeppelinstr. 7)

23. November

16-19 Uhr, Kostenlose Rechts- und Sozialberatung, Zentrum- Ost, neben dem REWE 26.

26. November

14 Uhr, Gesamtmitgliederversammlung; DIE LINKE Potsdam Bürgerhaus Schlaatz

19 Uhr, Anti-Heimat-Abend mit Thomas Ebermann, Haus 2, Freiland (Friedr.-Engels-Str. 22)

29. November

18 Uhr, Die USA nach den Zwischenwahlen. Kann Biden wie bisher weitermachen? Mit Dr. Erhard; Crome, Dortustr. 53

30. November

16-19 Uhr Kostenlose Rechts- und Sozialberatung, Johannes-Kepler-Platz

18:30 Uhr feministischer Stammtisch: Dieses Mal wollen wir über Bücher reden, die uns geprägt haben; rotbloq (Zeppelinstr. 7).